



Bericht des Vorsitzenden Wissenschaftliche Bibliotheken, Uwe Stadler

vbnw-Mitgliederversammlung 2015

Veränderungen im Vorstand sind zu vermelden: Herr Jeucken als stellvertretender Vorsitzender (ÖB) und Herr Prof. Hohenberg wurden als stellvertretende Vorsitzende (WB) gewählt. Die MV schließt sich den guten Wünschen der Vorsitzenden an.

Die Bibliothek der privaten Universität Witten-Herdecke, die Öffentliche Bücherei Raesfeld, die Bibliothek des Heinrich-Heine-Instituts Düsseldorf und die Bibliothek der Robert-Schumann-Hochschule Düsseldorf wurden in den vergangenen Monaten als neue Mitglieder in den vbnw aufgenommen. Die im Land ansässigen Kunst- und Musikhochschulbibliotheken haben sich zu einer neuen, der damit zehnten, Arbeitsgemeinschaft (AG) des vbnw zusammengeschlossen. Wie auch alle anderen AGs kann auch die neue unter Beachtung der Verwendungszwecke jährlich bis zu 1.000 Euro für ihre Zwecke beim Vorstand abrufen.

- Anlässlich der Diskussionen beim Politischen Frühstück im Landtag 2014 hat sich am 19. Mai 2015 eine spartenübergreifende Gesprächsrunde in Dortmund getroffen. Aus den dort diskutierten Themen und Forderungen wurde Ende 2014 ein Papier erstellt. Dieses neue **Positionspapier** benennt schwerpunktmäßig sechs wichtige Handlungsfelder, deren Behandlung der vbnw bei der Politik einfordert. Es handelt sich um die Themen Urheberrecht, Lizenzen und Informationsangebote, Langzeitarchivierung, bibliothekarische Verbundstrukturen, IT-Infrastruktur und Bibliothekspolitik. Einige Punkte finden sich bereits in einem Positionspapier der AGUB aus dem Jahr 2010, zum Beispiel die Forderung nach einer erneuten Förderung von Landeslizenzen sowie der Hinweis auf die rechtlichen Rahmenbedingungen im föderalen Kontext.

Mit der Einladung zum diesjährigen Politischen Frühstück am 19. März 2015 wurde dieses Papier an die Mitglieder der relevanten Ausschüsse für Wissenschaft und Kultur sowie an die Fraktionsspitzen der im Landtag vertretenen Parteien versandt.

In einem **Antrag der Landtags-CDU** (Drs. 16/8454) wird nun eines der Themen von der Opposition im Landtag aufgegriffen. Gefordert werden unter anderem ein „koordiniertes Vorgehen“ und „bessere Konditionen beim Einkauf von Lizenzen“. Nach der ersten Behandlung im Landtag am 17. Juni 2015 wurde der Antrag in den hauptsächlich zuständigen Ausschuss verwiesen und soll dort am 21. Oktober 2015 unter Hinzuziehung von Sachverständigen in Form einer Anhörung behandelt werden.

- Ausgehend von Beschlüssen der dbv-Mitgliederversammlung am 14. März 2014 in Leipzig hat mehrfach eine eigens eingerichtete **AG Lobbyarbeit** (neue Benennung: AG Interessenvertretung) getagt. Aufgrund des damals vorliegenden Zwischenberichts wurde in der MV des dbv am 5. Juni 2014 in Bremen die Fortführung der AG beschlossen. Die vorläufig letzte und abschließende Sitzung fand am 16. Januar 2015 in Hannover statt. Die dort vorgelegten Ergebnisse wurden auch beim Treffen des Bundes- und der Landesverbände am 14. April 2015 in Berlin diskutiert. Schließ-

lich wurde das am Ende fünfseitige Papier zur Berichterstattung im Beirat am 26. Mai 2015 vorgelegt. Es wird als Tendenzpapier bezeichnet und gibt Entwicklungsempfehlungen sowohl für den Gesamtverband wie auch für die Landesebene (Landesverbände und vbnw). Neben dem Wunsch nach Erstellung einer verbandsübergreifenden Strategie und der Stärkung der verbandlichen Kommunikation wird vor allem auf die Aufwertung der Treffen zwischen Landesverbänden und Bundesvorstand zur gemeinsamen Strategiefindung Wert gelegt. Ein Nachdenken über eine Regionalisierung der Geschäftsführung in den Landesverbänden wird ausdrücklich als Diskussionsanregung bezeichnet.

Die Vorsitzenden bedanken sich bei den Vorstandskolleginnen und -kollegen sowie bei Frau Larisch, Frau Kolberg und Herrn Löschner für die sehr gute Zusammenarbeit.

- **Mitgliedsbeiträge 2016** (bis 2020): Laut Wirtschaftsplan 2015 standen dem dbv nur noch minimale freie Rücklagen zur Verfügung, der Verband hätte zuletzt keinerlei unvorhersehbare Engpässe finanziell meistern können. Die 2014 eingesetzte AG Konsolidierung hatte die Aufgabe, sich mit den Optionen der Etatkonsolidierung zu befassen. Hierzu gehörten nach Auffassung der AG und des dbv-Vorstands unvermeidlich auch weitere Beitragserhöhungen. Stadler betonte, dass er die Einschätzung in den bezeichneten Gremien, weitere Beitragserhöhungen seien unproblematisch und leicht vermittelbar, nicht geteilt habe. Nach einer auch im vbnw-Vorstand kritischen Diskussion wurde versucht, einen Kompromissvorschlag zu lancieren, was aber nicht gelang.

Der dbv hat daraufhin auf seiner Mitgliederversammlung 2015 in Nürnberg eine stufenweise Erhöhung der Mitgliedsbeiträge um jeweils zehn Prozent in den Jahren 2016 bis 2020 mit einer nicht wirklich komfortablen Mehrheit (49 Ja-Stimmen, 37 Nein-Stimmen, 9 Enthaltungen) beschlossen. Aufgrund der vertraglichen Situation ist der vbnw de facto verpflichtet, die Beitragsordnung des dbv nachzuvollziehen.

gez.

Uwe Stadler